

Ein Europa, das seine Zukunft in die Hand nimmt

18 Empfehlungen als
Diskussionsgrundlage

1. Ein Europa der neuen Governance,

1.1. Eine zukunftsgewandte europäische Governance

Eine europäische Mehrebenengovernance

Die meisten Herausforderungen unserer heutigen Gesellschaft lassen sich nicht auf einer einzigen Governanceebene bewältigen. Die Verantwortlichkeiten für gesellschaftliche Belange sind auf verschiedenen Ebenen angesiedelt und nicht exklusiv einer Ebene zugeordnet. Daher ist das Konzept der Mehrebenengovernance sehr wichtig und die Initiative des Ausschusses der Regionen, letztere zu stützen, sehr zu begrüßen (www.cor.europa.eu). Diese Initiative ist eine kopernikanische Revolution, die die Beziehungen zwischen der Europäischen Union, den Staaten, den Regionen und den Städten grundsätzlich verändern wird. Sie fordert auf beiden Seiten neue Prinzipien und Methoden, sowie eine neue Kultur, zu der das Europäische Parlament den Anstoß geben kann.

Dynamische Prozesse

Die europäischen Ablaufprozesse sind ins Schleudern geraten. Das legitime Streben nach freiem Wettbewerb und die Gefahr von Güstlingswirtschaft, haben negative Auswirkungen mit sich gebracht, die jegliche Lernprozesse ignorieren. Dies wird insbesondere im Bereich der internationalen Zusammenarbeit deutlich (siehe die Evaluierung der europäischen Zusammenarbeit – www.ue-acp.org). Die Initiativmöglichkeiten der Europäischen Kommission sind beschränkt worden. Die Einhaltung von Arbeitsabläufen und Prozeduren, steht über den eigentlichen Zielen der definierten Politik. Die bestehenden europäischen Verwaltungsabläufe sorgen dafür, dass die europäischen Beamten weder Risiken eingehen, noch langfristige angelegte Aktionen anstoßen. Die Europäische Kommission war ursprünglich eine hoch engagierte Verwaltung. Sie hat ihre für Europa so wichtige Dynamik verloren. Das Europäische Parlament muss ihr helfen, diese Dynamik wieder zu finden.

Priorität der Regionalpolitik

Die europäische Governance betrifft weit mehr als lediglich die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Institutionen. Sie muss eine möglichst natürliche soziale, wirtschaftliche und ökologische Kohärenz aufbauen, das heißt die Regionen, und sich auf diese ausrichten. Die Regionen sind in den modernen

Gesellschaften nicht nur eine Verwaltungs- und Politikebene, sondern ein komplexes System von Beziehungen. Das Grünbuch der Kommission zum territorialen Zusammenhalt zeigt, dass Europa seine Governance ausgehend von den Regionen überdenken muss (www.ec.europa.eu/regional_policy). Der kürzlich veröffentlichte Bericht von Fabrizio Barca für die Generaldirektion Regionalpolitik bestätigt dies (www.ec.europa.eu).

1.2. Europa mit und durch seine Bürger aufbauen

Die Kluft zwischen den europäischen Institutionen und den Bürgern wird nicht dadurch überwunden werden können, den Bürgern Europa stur zu „erklären“ und ihnen die Vorteile aufzuzählen. Man muss die Bürger in die Debatte um die wichtigen Entscheidungen einbeziehen. Die sogenannte „partizipative“ Demokratie und die Formen der öffentlichen Debatte im Internet, stehen nicht in Konkurrenz zur repräsentativen Demokratie. Sie eröffnen ihr ganz im Gegenteil die Chance der Erneuerung. Das Europäische Parlament hat eine einzigartige Rolle dabei zu spielen, die Erneuerung zu fördern und ihr zu strikten Methoden zu verhelfen. Drei Beispiele seien genannt.

Regelmäßige Bürgerkonsultationen

Die Methode der Bürgerkonsultationen, erstmals erfolgreich für lokale Probleme eingesetzt, kann auf die europäische Ebene ausgeweitet werden. Das Panel zum Thema der Zukunft ländlicher Regionen ist ein Prototyp dafür (www.citizenspanel.eu). Der Konsultationsprozess hat zwei Ebenen. Erstens die europäischen Regionen, als Spiegel der vielfältigen Situationen, und zweitens, die Ebene der Union. Der eigentliche Wert der Panels entsteht erst durch die Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse durch das Europäische Parlament. Nutzt man diese Methode regelmäßig, kann sie perfektioniert werden.

Ständige Plattformen der Debatte internet ins Leben rufen

Die Verbreitung des Internets bietet die Möglichkeit, mehrsprachige Debattenforen über die europäische Politik aufzubauen. Solche öffentlichen Plattformen fehlen zurzeit. Diese Art des Informationsflusses mag sehr einfach umzusetzen zu sein, führt aber keinesfalls zwingend zu qualitativ hochwertigen Debatten. Eine sinnvolle und bereichernde Debatte muss sich aus verlässlichen und gründlichen Informationen speisen und kann, durch strenge



Moderation, Thesen hervorbringen. Diese Foren sind ein neues europäisches öffentliches Gut. Das schon erwähnte Beispiel über die europäische internationale Kooperation ist ein Prototyp hierfür (www.ue-acp.org).

Ein Bürgerforum für Europavisionen

Viele Bürger haben konkrete Vorstellungen für die Europäische Union. Die Politik kann diese Vorschläge nur aufnehmen, wenn sie als Synthesen präsentiert werden. Die Webseite www.challengeforeurope.eu ist ein Beispiel dafür. Das Europäische Parlament könnte ein jährliches Treffen organisieren, anlässlich dessen die Bürgervorschläge gegenübergestellt, diskutiert und synthetisiert werden und dem Parlament als Inspirations- und Reflexionsquelle dienen.

1.3. Europas Verantwortung

Eine Europäische Erklärung gesellschaftlicher Verantwortung verabschieden

Die Idee des Gesellschaftsvertrags bringt das europäische Modell sicher am besten auf den Punkt. Der Gesellschaftsvertrag bedeutet die Anerkennung gegenseitiger Verantwortung. Die Kehrseite der Rechte ist die Verantwortung. Rechte sind nur dann effektiv, wenn es verantwortungsbewusste Akteure gibt, die entsprechende Rahmenbedingungen für deren Respekt schaffen. Egal, ob es sich um soziale, Umwelt-, wirtschaftliche oder kulturelle Rechte handelt. Das europäische Verständnis der Bürgerschaft ist nicht die Anhäufung von Rechten ohne Gegenpart, sondern ein Gleichgewicht von Rechten und Verantwortlichkeiten, das für alle Bürger gilt. Dies kann man auch auf die Weltebene übertragen. Die großen Errungenschaften der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hinken, wenn die Rechte den Staaten gegenüber nicht einklagbar sind, wenn die Regierungen lediglich ihren eigenen Wählern Rechenschaft ablegen müssen und die Unternehmen lediglich ihren Aktionären, obwohl ihre jeweiligen Entscheidungen weitreichendere Konsequenzen haben. Die internationale Gemeinschaft muss sich auf einen dritten Pfeiler stützen, eine Allgemeine Erklärung der gesellschaftlichen Verantwortung, die neben der UNO-Charta und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht. Die Initiative dafür muss von einer Region der Welt ausgehen. Europa ist sicher

in der besten Ausgangsposition, um dies zu tun. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wäre ohne die historischen Etappen der Amerikanischen und später der Französischen Erklärungen am Ende des 18. Jahrhunderts nicht denkbar gewesen. Die Verabschiedung einer Europäischen Erklärung der gesellschaftlichen Verantwortung könnte ein großes Werk des aktuellen Europäischen Parlaments sein.

Eine verantwortungsbewusste europäische Universitätslandschaft

Das ERASMUS-Programm und die Zusammenführung der universitären Ausbildung im Zuge des Bologna-Prozesses, sind europäische Verdienste. Jedoch definiert keine dieser beiden Initiativen den Inhalt und die Zielsetzungen der Universität des 21. Jahrhunderts. Das einzig wahre Exzellenzkriterium der Hochschulbildung ist, ob sie die Art von Eliten hervorbringt, die die Welt von morgen braucht. Diese Eliten müssen mit einer komplexen Welt umgehen können, in den Dialog mit weiteren Bereichen der Gesellschaft eintreten können und ihr Handeln je nach den gesellschaftlichen Herausforderungen priorisieren können. Das Europäische Parlament kann die Initiative in die Hand nehmen, um den Grundstein einer Europäischen verantwortungsvollen und bürgerlichen Universität zu legen. Vorschläge gibt es bereits (www.orus-int.org).

Eine verantwortungsbewusste und bürgerliche europäische Wissenschaft

In einer durch Wissenschaft und Technik veränderten Welt, verliert die Demokratie einen großen Teil ihres Sinns, wenn sich wissenschaftliche und technische Weichenstellungen der demokratischen Debatte und der Kontrolle des Bürgers entziehen. Dies ist aktuell jedoch der Fall. Europa ist gut aufgestellt, um die Grundlage für eine Wissenschaftskultur zu schaffen und um politische Prozesse zu entwickeln, die Wissenschaft und Technik wieder in der Demokratie verankern. Es kann die Berufung des Europäischen Parlaments sein, die öffentliche Debatte darüber anzustoßen. Die Fondation Sciences Citoyennes (Stiftung bürgerliche Wissenschaft) schlägt drei Bereiche eines solchen Dialogs vor: Das Aufstocken der Forschungs- und Sachverständiskapazitäten der Zivilgesellschaft; die Verbesserung der Redefreiheit und der Schutz von Personen, die sich regelmäßig offensiv mahnend äußern; die demokratische Entwicklung wissenschaftlicher und technischer Weichenstellungen (www.sciencescitoyennes.org).

2. Ein neues Wirtschaftssystem

Die von vielen Europäern formulierten Vorbehalte zum Verfassungsvertrag haben gezeigt, dass sie sich in einem Europa, deren Identität über den freien Handel hinausgeht, nicht wiederfinden. Die europäische Einigung hatte übrigens nicht die wirtschaftliche Entwicklung, sondern den Frieden zum Ziel. Die wirtschaftliche Einigung war nur Mittel zum Zweck. Der Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft verlangt nach entsprechenden Grundlagen, Instrumenten, Akteuren und Regulierungsformen, die die Wirtschaft neu erfinden. Die restliche Welt sieht in Europa weiterhin das Beispiel einer gemischten Wirtschaft, in der Marktwirtschaft und Regulierung durch die öffentliche Hand ins Gleichgewicht gebracht werden und sich ergänzen. Europa spielt für die Neuerfindung der Wirtschaft also eine historische Rolle. Es ist Aufgabe des Europäischen Parlaments, den Weg zu weisen. Im Folgenden seien dafür fünf konkrete Möglichkeiten genannt.

2.1. Von der Wirtschaft zur Oekonomie

Der materielle Fortschritt ist ein Mittel, kein Ziel an sich. Die Europäische Union wollte mit dem „Energie- und Klimapaket“ den Weg hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft zeigen, in der das Allgemeinwohl nicht zu Lasten des Gleichgewichts unseres Planeten erreicht wird. Doch der Weg des wirklichen Umbruchs muss sowohl in Europa, als auch anderswo erst noch gefunden werden. Produktion und Handel sind eine Organisationsform der gemeinsamen Ressourcen. Dies ist der etymologische Sinn des Wortes „Oekonomie“. Deren Aufgabenkatalog könnte wie folgt lauten: „Die Oekonomie ist ein Zweig der Governance. Sie hat das Ziel, Akteure und ein Institutionengefüge, Prozesse und Regeln zu schaffen, die die Produktion, den Vertrieb und die Nutzung von Gütern und Dienstleistungen organisieren, damit die Menschheit durch bestmögliche Nutzung der technischen Kapazitäten und der menschlichen Kreativität, im Sinne der Erhaltung und der Bereicherung der Biosphäre, der Absicherung von Zinsen, Rechten und Initiativmöglichkeiten der zukünftigen Generationen und in dem Bewusstsein der Verantwortung für Gerechtigkeit, das größtmögliche Wohlergehen und damit den Zuspruch aller erreicht“.

Die Initiative pour repenser l'économie (IRE, Initiative für die Neuerfindung der Wirtschaft – www.i-r-e.org), und der *Essai sur l'oeconomie* (www.eclm.fr) zeichnen konkrete Antworten auf diesen Aufgabenkatalog.

2.2. Die Regionen und die Wirtschaftskette ins Zentrum der Wirtschaft stellen

Die Großunternehmen waren im 19. und 20. Jahrhundert der Dreh- und Angelpunkt der Wirtschaft. Sie waren nicht nur Hauptakteure und Profiteure der Globalisierung der Handelsströme, sondern haben ganze Produktionsketten um sich herum aufgebaut. Der Staat, als weiterer wichtiger Akteur, hat eine hervorstechende Rolle bei der „horizontalen“ Regulierung gespielt, durch die er den Aktivitäten der Unternehmen einen Rahmen geben und Wohlstand umverteilen wollte. Noch heute basiert die Wirtschaft scheinbar auf diesen beiden Akteuren. Dabei ist es auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft unmöglich, sich allein auf diese Akteure zu stützen. Ein Unternehmen sieht sein Gleichgewicht ausschließlich in unendlichem Wachstum. Der Staat hat Schwierigkeiten wirtschaftliche, soziale und umwelttechnische Herausforderungen miteinander in Einklang zu bringen. Daher brauchen wir einen neuen Weg, der an der Schwelle zwischen Regionen und Produktionsketten ansetzt. Unter Region ist dabei ein System von Beziehungen zu verstehen, das sich in das Weltsystem einfügt, ein Ort der Anhäufung von immateriellem Kapital und eine Ebene des Einklangs unterschiedlicher wirtschaftlicher, sozialer und umwelttechnischer Logik. Die Produktions- und Handelskette, in der das Unternehmen lediglich ein Glied ist, ist dabei ein Ort der Vereinbarkeit zwischen der Befriedigung von Bedürfnissen und der Bewahrung unseres Planeten mit seinen begrenzten Ressourcen und fragilen Gleichgewichten. Die Europäische Union ist in einer guten Ausgangsposition, um diese neue Konzeption und Regulierung von Produktions- und Handelsaktivitäten voran zu bringen.



2.3. Die Konzeption und Nutzung von Geld im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft ausweiten

Ein weiterer Weg, die gesellschaftlichen Bedürfnisse mit dem Erhalt unseres Planeten zu vereinbaren, ist es, die Beschaffenheit und den Stellenwert von Geld zu überdenken. Dazu gibt es zwei viel versprechende Herangehensweisen. Regionale Währungen und mehrdimensionales Geld. Mit regionalen Währungen kann der Handel innerhalb einer Gemeinschaft organisiert werden und damit in der Vergangenheit beeinträchtigte soziale Bindungen fördern. Die handelbaren Energieverbrauchsquoten könnten in diesem Sinne eigenständige Währungen werden, womit für die Energie, mit der sparsam umgegangen werden muss, und die menschliche Arbeitskraft, die ihrerseits die soziale Kohäsion sichert, nunmehr eine andere Recheneinheit der Maßstab wäre. Das Europäische Parlament kann in all diesen Bereichen eine entscheidende Rolle spielen, indem es sich aktiv dafür einsetzt, die Alternativen bekannter zu machen und eine breite öffentliche Debatte über das Potenzial der Alternativen anzustoßen.

2.4. Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Herzen des Europäischen Projekts

Das Zusatzprotokoll zum Lissabon-Vertrag erkennt die Rechtmäßigkeit der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) und die Unmöglichkeit alle Güter allein den Marktmechanismen zu überlassen an. Dank der Vielfalt nationaler Traditionen kann somit ein starkes europäisches Konzept öffentlicher Dienstleistungen formuliert werden, das ein internationales Echo erreichen kann. Das Europäische Parlament kann, in seiner ihm durch den Lissabon-Vertrag neu zugesprochenen Rolle, den Raum für einen Dialog zwischen den verschiedensten Akteuren bieten, der für das Entstehen dieses Konzepts notwendig ist. Die Einsetzung einer „Intergroup“ für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Parlament wäre ein starkes politisches Zeichen.

Ein mehrsprachiges Glossar fördert bereits die Annäherung und das Verständnis national unterschiedlicher Herangehensweisen und eine Internetdatenbank zeigt die unterschiedlichen Elemente eines solchen Konzepts auf (www.eurosig.eu).

2.5. Ein europäisches Statut für verantwortungsbewusste Unternehmen

Die Europäische Union versteht sich als führend im Bereich der Corporate Social Responsibility von Unternehmen (CSR). Im Kontext harter internationaler Konkurrenz besteht jedoch eine frappierende Kluft zwischen wirtschaftlicher Effizienz, ohne die ein Unternehmen nicht überleben kann, und den sozialen und umwelttechnischen Herausforderungen. Dies rührt vom Statut des Unternehmens selbst her, das ein einziges Ziel hat, nämlich seine Aktionäre zufrieden zu stellen. Das Europäische Parlament kann einen Denkprozess über ein neues Unternehmensstatut anstoßen, das der Notwendigkeit gerecht wird, dass das Unternehmen ein wichtiges Rad im Getriebe von nachhaltigen Produktionsketten ist und dass es viele Stakeholder hat. Die Aktionäre, aber auch die Mitarbeiter, Kunden, Unterhändler, Zulieferer, die Region, in der das Unternehmen verwurzelt ist. Die europäische Richtlinie zum „Statut der Europäischen Gesellschaft“ geht in die richtige Richtung, doch der Stellenwert der Verantwortung muss stärker herausgestellt werden und die europäischen Unternehmen müssen dazu gebracht werden, dieses neue Statut anzunehmen.

3. Europas neuer Platz

Ebenso wie im Bereich der internationalen Beziehungen – abgesehen von den Handelsbeziehungen –, werden die Einflussmöglichkeiten der Europäischen Union durch eine fehlende Konzertation der Aktionen einzelner Mitgliedstaaten und durch die eingeschränkte Rolle der Europäischen Kommission, auch was die Wertschöpfung und den Außenhandel angeht, der wichtigster Akteur des globalisierten Weltsystems ist, geschwächt. Dies nimmt die Europäische Union in die Pflicht. Im Folgenden unterbreiten wir vier Vorschläge, wie die EU Vorreiter für die Schaffung einer friedlichen und solidarischen Weltgemeinschaft werden kann, in der die Bürger die Akteure sind.

3.1. Den Dialog zwischen den Gesellschaften unterschiedlicher Weltregionen fördern

Die Beziehungen in der Gesellschaft früher, bestanden zwischen benachbarten Dörfern. Entweder die Gesellschaftsgruppen kooperierten, oder sie übten Konkurrenz. Außerhalb dieser Beziehungen lebte jede Gesellschaft in ihrer eigenen, abgeschlossenen Umgebung. Heute könnte man die Beziehungen eher als Wohngemeinschaft beschreiben, deren Mitbewohner zum Zusammenleben angehalten sind und gemeinsame Einrichtungen auch gemeinsam nutzen müssen. Die diplomatischen Beziehungen und der Handel reichen nicht mehr aus, um mit den unumkehrbaren Interdependenzen, die uns an die Regionen der Welt binden, umzugehen und sie zu regeln. Die Gesellschaft muss auf eine neue Art und Weise einbezogen werden. Wenn wir die, durch die Interdependenzen bedingten, nationalistischen Reaktionen und die Rückbesinnung auf nationale Identitäten hinter uns lassen möchten, muss der Dialog zwischen den Gesellschaften angestoßen werden und die Bürger einbeziehen, damit sie erkennen, dass sie neben den bestehenden Unterschieden mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben. Dafür sind neue Prozesse, wie zum Beispiel das China-Europa Forum notwendig (www.china-europa-forum.net). Mit der Verabschiedung des Budgets für das Jahr 2009, hat das Europäische Parlament einen Posten eingesetzt, mit dem die Unterstützung ebensolcher Aktivitäten ausgedrückt werden soll. Das neue Parlament muss diese Unterstützung bekräftigen. Der zwischen China und Europa angestoßene Prozess könnte ausgeweitet werden. Wenn diese Dialoge zwischen den Gesellschaften eine ausgefeilte Methode befolgen, sind sie die unabkömmliche Ergänzung der interregionalen parlamentarischen Versammlungen.

3.2. Durch Einbeziehung der Weltregionen ein neues internationales Geld- und Finanzsystem aufbauen

Die aktuelle Finanzkrise zeigt, dass die Welt ein neues Finanzsystem braucht, das stabiler ist und den Bedürfnissen unserer Gesellschaften besser gerecht wird. Welche Grundpfeiler hat dieses neue System? Zu Zeiten der ersten Bretton Woods-Konferenz wiesen die USA die Hälfte des weltweiten BIP auf. Heute ist es lediglich noch etwas über einem Viertel. Der Übergang zu einem multilateralen System ist unabwendbar. Europa kann mit seinen Erfahrungen der Einrichtung der Währungsunion eine wichtige Rolle beim Aufbau eines neuen Währungs- und Finanzrahmens, der auf multilaterale Kooperation anstatt auf Hegemonie einer einzigen Währung setzt, spielen. Die Website der Initiative IRE schlägt einige konkrete Möglichkeiten vor, die über die Vorschläge der G20 hinausgehen (www.i-r-e.org). Das Europäische Parlament, das weniger als die Europäische Kommission an die Position einzelner Mitgliedstaaten gebunden ist, kann die Initiative ergreifen, ein neues Währungs- und Finanzsystem vorzuschlagen.

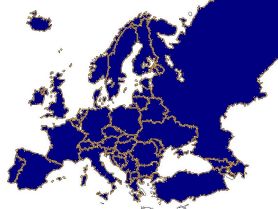


3.3. Zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit: Einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Europa und Afrika aufbauen

Für die meisten afrikanischen Länder steht in diesen Jahren der fünfzigste Jahrestag der Unabhängigkeit an. Die Unabhängigkeit ist meist mehr theoretisch als real. Die kühne Bekennung der Souveränität verschleiert, dass die neuen unabhängigen afrikanischen Staaten, bedingt durch ihre finanzielle Abhängigkeit, von außen regiert werden. Sie sind aufgerufen, internationale Verordnungen, insbesondere im Bereich der Governance, die für und ohne sie entstanden sind, brav zu befolgen. Die Europäische Union könnte der unglaublich lebensfreudigen und trotz der Armut und der Krisen dynamischen afrikanischen Gesellschaft, durch die Stimme des Europäischen Parlaments, ehrenhaft dabei helfen, fünfzig Jahre nach der Unabhängigkeit, ein wirkliches Governanceprojekt auf den Weg zu bringen, das von ihr erstellt und getragen wird. Eine große Konferenz mit allen Beteiligten könnte den Anstoß geben. Die Alliance pour refonder la gouvernance en Afrique (Allianz für den Neuanfang der Governance in Afrika, www.afrique-gouvernance.net), als von den Regierungen akzeptierter, aber unabhängiger Akteur, wäre bereit und bestens geeignet diese Konferenz zu organisieren.

3.4. Eine Bürgerkonferenz des Mittelmeers unterstützen

Union für das Mittelmeer, Euro-Mediterrane Plattform, Nachbarschaftspolitik, Parlamentarische Euro-Mediterrane Versammlung – institutionelle Beziehungen zwischen Nord- und Südanrainern des Mittelmeers gibt es zuhauf. Doch wo sind die Bürger bei alldem? Wie können sie sich gegenseitig kennen lernen? Wie kann man die Entstehung einer mediterranen Gemeinschaft der Völker durch den Dialog begleiten? Das Europäische Parlament könnte den entscheidenden Schwung in die Mediterrane Bürgerversammlung bringen, die bereits umrissen ist (www.acimedit.net).



Empfehlungen an die Europaabgeordneten

fph | Fondation Charles Léopold Mayer
pour le Progrès de l'Homme

38, rue Saint Sabin – 75011 Paris – Frankreich
Tel. + 33 (0)1 43 14 75 75
Fax + 33 (0)1 43 14 75 99

www.fph.ch